

# STRATEGIEN FÜR BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTER ZUR KOMMUNIKATION ÜBER NEUE FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE

**Empfehlungen aus dem Fachgespräch  
am 20. November 2015 in Leipzig**

Eine Kooperation des  
Anne Frank Zentrums,  
der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung  
und des Instituts B3 – Beratung,  
Begleitung und Bildung

Eine Initiative des Bundesministeriums  
für Bildung und Forschung

Wissenschaftsjahr 2015

**Zukunftsstadt**

- 03 Vorwort**
- 04 Haltung zeigen**
- 05 Allianzen bilden**
- 06 Kommunikation gestalten**
- 07 Infokasten:**  
Empfehlungen für die Durchführung  
von Bürgerversammlungen
- 08 Wissen vermitteln**
- 09 Begegnungen ermöglichen**
- 10 Jugendliche einbeziehen**
- 11 Infokasten:**  
Weiterführende Literatur

## IMPRESSUM

Herausgeber:

**Anne Frank Zentrum**  
Rosenthaler Str. 39  
10178 Berlin

**Deutsche Kinder- und Jugendstiftung**  
Regionalstelle Sachsen-Anhalt  
Edithawinkel 2  
39108 Magdeburg

**Institut B3 - Beratung, Begleitung, Bildung**  
Lange Straße 43  
01796 Pirna

[www.annefrank.de](http://www.annefrank.de)

[www.dkjs.de](http://www.dkjs.de)  
[www.willkommen-bei-freunden.de](http://www.willkommen-bei-freunden.de)

[www.institut-b3.de](http://www.institut-b3.de)

Redaktion: Corinna Ditscheid, Bianca Ely, Timon Perabo, Bernd Stracke, Christine Wehner

Verantwortlich: Patrick Siegele

Bilder: Christine Wehner/Anne Frank Zentrum, Marion Franz (S.8 unten), Siegfried Zenker (S.8 oben)

Gestaltung: Kerstin John, Kommunikationsdesign

Druck: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG

### Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

Kommunen wie Ihre haben im vergangenen Jahr Großartiges geleistet: Innerhalb kürzester Zeit haben sie Unterkünfte für Hunderte Asylsuchende vor Ort bereitgestellt.

Gleichzeitig hat die Aufnahme der Geflüchteten vielerorts für Diskussionen gesorgt und an manchen Orten zu heftigen Konflikten oder sogar zu rassistischer Gewalt geführt. Die Anschläge von Paris und die Übergriffe in Köln haben die Lage zusätzlich emotionalisiert. Unmittelbar davon betroffen sind Sie als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Sie sind politisch vor Ort verantwortlich und müssen die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten sicherstellen.

Ein wesentlicher Aspekt der Arbeit liegt darin, die Bevölkerung zu informieren. Denn wie das Zusammenleben gelingt, darüber entscheidet oft auch die Frage, wie die Verwaltungsspitze mit den Bürgerinnen und Bürgern über neue Geflüchtete spricht – vor allem auch bevor diese vor Ort eintreffen. Die Erfahrung zeigt: Wer die Bevölkerung frühzeitig informiert und einbindet, kann Vorurteile abbauen und das Miteinander konstruktiv gestalten. Doch wie kommunizieren, wenn Sie selbst erst kurzfristig erfahren, wie viele Menschen Sie unterbringen sollen?

Mit dieser und verwandten Fragen haben sich Ende 2015 fünf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie eine Erste Beigeordnete aus Sachsen und Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft beschäftigt. Im Laufe eines Fachgesprächs des Anne Frank Zentrums, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und des Instituts B3 formulierten sie Empfehlungen für die Verantwortungsträgerinnen und -träger vor Ort. In der vorliegenden Handreichung haben wir diese unter den folgenden Handlungsfeldern zusammengefasst: Haltung zeigen, Allianzen bilden, die Kommunikation gestalten, Wissen vermitteln, Begegnungen ermöglichen und Jugendliche einbeziehen. Gleichzeitig haben wir konkrete Tipps für die Durchführung von Bürgerversammlungen sowie Angaben zu weiterführender Literatur ergänzt.

Wir denken, dass die Ergebnisse des Fachgesprächs auch auf andere Kommunen übertragbar sind. Die Herausforderungen werden im Jahr 2016 und den kommenden Jahren nicht weniger, viele Konflikte werden anhalten und sich zum Teil verschärfen. Umso wichtiger erscheint es uns, die positiven Anregungen und ermutigenden Erfahrungen weiterzugeben, die wir bei der Veranstaltung zusammentragen konnten.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre. Wir hoffen, dass die Empfehlungen einen Beitrag leisten können in der intensiven Lernphase, die unsere Gesellschaft derzeit erlebt.



Bianca Ely  
Anne Frank Zentrum



Timon Perabo  
Deutsche Kinder- und  
Jugendstiftung



Bernd Stracke  
Institut B3 – Beratung  
Begleitung, Bildung



**Asyl zu beantragen, ist in Deutschland ein Grundrecht. Wer eindeutig Haltung bezieht, schafft Orientierung. »Die Bürger schärfen ihre eigene Meinung in der Auseinandersetzung mit anderen«, so Christian Schramm, ehemaliger Oberbürgermeister von Bautzen. »Wenn ich mich klar positioniere, kann ich die Fäden in die Hand und die Menschen mitnehmen. Ich kann Verbündete gewinnen und gleichzeitig Kontroversen aktiv angehen.«**

**»Ohne eigene Haltung habe ich keine Basis zum Handeln.«**

Christian Schramm, Oberbürgermeister a. D., Bautzen (Sachsen)

- ✓ Haltung zu zeigen heißt, agieren statt zu reagieren. Können Sie zum Beispiel geeignete Immobilien für die Unterbringung der Menschen vorschlagen, statt auf Vorschläge des Landrats zu warten?
- ✓ Haltung zu zeigen bedeutet auch, grundsätzlich zu denken und Visionen zu entwickeln: Wie will Ihre Kommune die Menschen aufnehmen? Wie kann sie das Miteinander gestalten? Zukunftsforen können helfen, den Bürgerinnen und Bürgern Gehör zu verschaffen und das Gemeinwesen zu stärken.
- ✓ Vor allem in kleinen Kommunen kann die Aufnahme vieler Geflüchteter große Auswirkungen auf das Miteinander haben. Gerade dann ist es wichtig, auch andere Themen, die den Menschen am Herzen liegen, aktiv zu besetzen.
- ✓ Es hilft, für Stimmungen und Gerüchte offen zu sein – und dennoch in der Kommunikation aktiv voranzugehen. Wenn Ihre Haltung bestimmt, welche Themen Sie vorantreiben und welche Meinung Sie vertreten, sorgen Sie für Orientierung und vermitteln mehr Sicherheit.

- ✓ Die Situation ist neu, die Herausforderung komplex. »Wir haben das nicht trainiert – wir dürfen auch Angst haben«, so Christian Schramm. Wer sich selbst Unsicherheiten eingesteht, kann gezielt Unterstützung heranziehen: Rechtsberatung, methodische Hilfen, Vernetzung mit anderen relevanten Akteuren oder Weiterbildungen für die Belegschaft. So fällt es leichter, mit klarer Haltung voranzugehen.



### HEIDENAU

**Nach den rechtsradikalen Übergriffen im August 2015 wird auch Bürgermeister Jürgen Opitz mit**

**Gewalt bedroht. Er betont, er werde sich dennoch weiter gegen Rassismus und für die Solidarität mit den Geflüchteten einsetzen.**

**Herr Opitz sieht von Bürgerversammlungen ab, lädt aber die Bevölkerung zu persönlichen Gesprächen ein – ein Angebot, das viele Menschen annehmen.**

**Die Kommune will familienfreundlich sein und ein angenehmes Wohnumfeld für alle schaffen – sie treibt unter anderem die Stadtentwicklung und die Bereitstellung von Kitaplätzen für alle bewusst voran.**

**Ihre Aufgaben als Kommune sind breit gefächert: Sie müssen die Geflüchteten unterbringen, Kita- und Schulplätze für die Kinder organisieren, mit Blick auf die Zukunft die Integration vorantreiben und all das den Bürgerinnen und Bürgern politisch vermitteln. Die Herausforderungen lassen sich besser meistern, wenn Sie sich Partnerinnen und Partner mit ins Boot holen und Allianzen bilden, um dadurch Kompetenzen zu bündeln.**

✔ Gibt es in Ihrer Stadt prominente Personen, die sich für Geflüchtete einsetzen? Egal ob Stadträtin, Pfarrer, Künstlerin oder Einzelhändler: Menschen, die bekannt sind und Gehör finden, tragen zur Orientierung bei. Sie können Mut und Zuversicht vermitteln und als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Wirkungsmacht entfalten.

✔ Auch Unternehmen, die sich für die offenerzige Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen, bringen Menschen zusammen – zum Beispiel, indem sie Praktika für Asylbewerberinnen und -bewerber bereitstellen.

✔ Es lohnt sich, aktiv auf Bürgerinitiativen, Willkommensbündnisse und andere zivilgesellschaftliche Gruppen zuzugehen und diese von Anfang an gezielt einzubinden.

✔ Prüfen Sie alle Möglichkeiten, Unterstützung zu gewinnen. Ärztinnen und Ärzte und Lehrerinnen und Lehrer im Ruhestand zum Beispiel haben das Potenzial und oftmals auch die Zeit, sich für das Gemeinwesen einzusetzen.

✔ Können Sie bestehende Netzwerke weiter ausbauen? Oft profitieren alle, wenn relevante Stellen in Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenselbstorganisationen oder Flüchtlingsinitiativen, Freiwilligenagenturen, Kirchen oder Gewerkschaften besser vernetzt werden.

✔ Jeder Form von Engagement gebührt Wertschätzung. Damit stärken Sie Ihre Partnerinnen und Partner im Engagement für ein gutes Zusammenleben.



### BAUTZEN

*Die Kommune greift auf Ressourcen des Landratsamtes zurück und zieht Rechtsexpertinnen und -experten heran.*

*Das Bürgerbündnis »Bautzen bleibt bunt« organisiert Feste und bringt die Menschen zusammen.*

*Unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der Kirche und die parteiübergreifende Stadträte-Initiative »Räte gegen Rechts« beziehen öffentlich Stellung für Demokratie und Toleranz.*

*Richterinnen und Richter des Sächsischen Obergerichtes erklären in Schulen, wie das Asylverfahren funktioniert und stellen entsprechende Verhandlungen nach.*

*Die Bürgerinitiative »Bautzener Gespräche« organisiert mit Unterstützung der Volksbank Bautzen Gesprächsabende mit dem Ziel, die Themen Flucht und Asyl zu versachlichen.*

*Das soziokulturelle Zentrum Steinhaus e.V. stellt Räume zur Verfügung – zum Beispiel zum gemeinsamen Musizieren mit Asylsuchenden.*



**Die Bürgerinnen und Bürger wollen ernst genommen und mit ihren Interessen, Fragen und Sorgen gehört werden. Gerade deswegen ist eine transparente Kommunikation wichtig: Wer aus Angst vor Protesten den Meinungs austausch scheut, schafft Gelegenheiten für rechtsextreme Gruppen, sich als Sprachrohr der Bevölkerung zu etablieren. Der frühzeitige und sachliche Dialog hingegen baut Vorurteile ab und schafft Teilhabe im Gemeinwesen.**

- ✓ Kommunizieren Sie so früh wie möglich und geben Sie dem Dialog genug Zeit und Raum. Kommunikation als Prozess erfordert verschiedene und wiederholte Angebote.
- ✓ Transparent zu kommunizieren heißt auch, klar auszusprechen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht darüber entscheiden können, ob die Kommune Geflüchtete aufnimmt oder nicht. Ihre Meinung ist jedoch willkommen und sie können die Aufnahme der Menschen und das zukünftige Zusammenleben aktiv mitgestalten.
- ✓ Auch klare Fakten und Offenheit über die Chancen und Risiken der Aufnahme sorgen für Transparenz. Gehen Sie kritische Themen aktiv an, die in der Bürgerschaft diskutiert werden.



**»Ich muss eingreifen in die Meinungsgestaltung, dran bleiben an der Kommunikation und das Heft des Handelns konsequent in die Hand nehmen.«**

Thomas Zenker, Oberbürgermeister, Zittau (Sachsen)

**»Es geht vor allem um Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger: Wie wollen wir die Menschen aufnehmen?«**

Frank Rose, Bürgermeister, Langenbernsdorf (Sachsen)









- ✓ Können Sie als Ansprechpartnerin oder -partner für alle Fragen verfügbar sein, zum Beispiel durch eine spezielle E-Mail-Adresse oder eine persönliche Sprechstunde?
- ✓ Gibt es tiefer liegende Ängste, die etwaigen Protesten zugrunde liegen? Es empfiehlt sich, diesen nachzugehen und ihnen Raum zu geben. Richten Sie den Blick auf sozial Schwache und kommunizieren Sie aktiv, was die Kommune für sie leistet – nicht nur für die Geflüchteten. Bringen Sie diese kommunalen Aufgaben zusammen, um Spaltungen zu vermeiden.
- ✓ Nutzen Sie verschiedene Kommunikationskanäle aktiv. Informieren Sie zum Beispiel Redaktionen gezielt und binden Sie sie in die Berichterstattung ein. Beteiligen Sie sich an der Meinungsbildung in den Social Media und leisten Sie bei rassistischen Äußerungen dezidiert Widerspruch. Suchen Sie sich dafür Beratung, Austausch und Weiterbildung, auch für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- ✓ Ob persönliches Gespräch, kleine Dialogrunde mit 20 bis 50 Anwohnerinnen und Anwohnern oder Begegnungen in Stadtteilzentren – nutzen Sie die unterschiedlichen Formate für die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern abwechselnd und passgenau.
- ✓ Wenn Sie eine größere Informationsveranstaltung in Betracht ziehen, empfiehlt es sich, diese gut vorzubereiten.

Tipps dafür finden Sie auf Seite 7.



## Empfehlungen für die Durchführung von Bürgerversammlungen

**Bürgerversammlungen schaffen Räume für den Dialog. Gelingen sie, artikulieren die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinungen und Interessen offen und fühlen sich ernst genommen und gehört. Die Erfahrung zeigt: Der Erfolg größerer Veranstaltungen hängt zum Teil davon ab, wie gut sie vorbereitet sind. Langfristig sollten sie Teil eines kontinuierlichen Dialogprozesses sein.**

-  Eruiieren Sie die Stimmungslage im Vorfeld, planen Sie eine Strategie für den Dialog, machen Sie sich mit den Räumlichkeiten vertraut und bereiten Sie klare Rederegeln vor. Checklisten für die Vorbereitung sind online verfügbar.
-  Sorgen Sie ggf. im Vorfeld für Sicherheit durch die Polizei oder eine private Sicherheitsfirma.
-  Es empfiehlt sich, eine externe Moderation zu nutzen – im Idealfall ist die Person überparteilich anerkannt und Kontroversen erprobt.
-  Entscheiden Sie sich für ein Format, das Meinungsvielfalt ermöglicht. Es darf und sollte alles auf den Tisch, was nicht gegen die Rederegeln verstößt.
-  Aber: Eine sachliche und respektvolle Atmosphäre ist wichtig. Wenn die Beiträge rassistisch oder zu emotionsgeladen werden, verweisen Sie auf das konkrete Thema und bitten Sie um sachbezogene Stellungnahmen.
-  Durch Mitschrift, Dokumentation und gute Nachbereitung können die Ergebnisse der Veranstaltung in einen gemeinsamen Gestaltungsprozess fließen.
-  Bürgerinnen und Bürger kommen zu Veranstaltungen, um eingebunden und nicht übergangen zu werden. Schaffen Sie Angebote, sich ehrenamtlich zu engagieren.
-  Häufig gilt: je kleiner die Veranstaltung, desto besser. Kommen statt einer großen Versammlung auch mehrere kleine mit jeweils ca. 50 Menschen in Frage? In kleinen Runden begegnen Sie den Menschen eher auf Augenhöhe und es entsteht mehr Raum für die politische Meinungsbildung.

Die oben genannten Tipps stammen aus dem Fachgespräch sowie aus den Empfehlungen des Mobilien Beratungsteams »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration. (siehe Literaturverzeichnis) Weitere Informationen und Checklisten für die Vor- und Nachbereitung finden Sie auf [www.mbt-ostkreuz.de](http://www.mbt-ostkreuz.de)

»Wir alle wissen zu wenig«, sagt Siegfried Zenker, Bürgermeister von Weinböhla in Sachsen. Oftmals bestehen Vorurteile gegenüber den Geflüchteten, weil die Bürgerinnen und Bürger zu wenig wissen: über die Schicksale der Geflüchteten, die Ursachen der Flucht, ihre Rechte und Pflichten in Deutschland und ihren Lebensalltag hier.

**Welches Wissen benötigen die Menschen in Ihrer Kommune, um weniger unsicher zu sein – und wie können Sie dieses bereitstellen?**

✓ Hilfreich ist es, die verschiedenen Personengruppen entsprechend ihrer Bedürfnisse gezielt anzusprechen: Welches Wissen brauchen zum Beispiel einzelne Teile der Bürgerschaft (Schülerinnen und Schüler, Eltern, Seniorinnen und Senioren usw.), und welches benötigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Geflüchteten selbst, die Medien? Welche Informationen benötigen Anwohnerinnen und Anwohner einer Flüchtlingsunterkunft?

✓ Können Sie Informationen zu den wichtigsten Fragen der Bürgerinnen und Bürger gut verständlich zur Verfügung stellen – zum Beispiel als »Häufig gestellte Fragen« auf Ihrer Webseite?



**»Die vielen Helferinnen und Helfer vor Ort, die Ehrenamtlichen, die Fußballvereine – wir sollten sie einbeziehen in die Kommunikation.«**

Marion Franz, Erste Beigeordnete,  
Heidenau (Sachsen)



**»Wir brauchen den Mut, differenziertes Wissen zu vermitteln.«**

Siegfried Zenker, Bürgermeister,  
Weinböhla (Sachsen)

✓ Menschen mit persönlichen Erfahrungen sind wichtige Botschafterinnen und Botschafter. Ärzte, die Flüchtlinge behandeln, die Polizei vor Ort, Unternehmerinnen, bei denen Geflüchtete arbeiten, Ehrenamtliche Sprachlehrer oder Gruppenleiterinnen von Sportvereinen, in denen Geflüchtete mittrainieren: Sie alle können berichten, wie das Zusammenleben für die unterschiedlichen Betroffenen aussieht. So lassen sich Gerüchte wirksam zerstreuen.

✓ Schulen, Kulturzentren und Bildungseinrichtungen verfügen über die Möglichkeit, differenziertes Wissen zu vermitteln: über Fluchthintergründe, Rechtsansprüche von Asylsuchenden und die gesellschaftlichen Chancen und Herausforderungen ihrer Aufnahme. Gleichzeitig können sie Räume für sachliche Debatten schaffen.

✓ Über niedrigschwellige Angebote, zum Beispiel in Stadtteilzentren oder Sportvereinen, lassen sich Informationen breitenwirksam verteilen.

✓ Schließlich: Beziehen Sie wenn möglich Geflüchtete ein. Persönliche Begegnungen haben oft große Wirkung und entschärfen den Ton. Dabei sollten die Interessen und Bedürfnisse der Geflüchteten genauso wie die der Bürgerinnen und Bürger respektiert werden. Viele Geflüchtete freuen sich, als Menschen »wie Du und ich« gesehen zu werden, die auch von ihrem normalen Alltag in den Herkunftsländern erzählen können.



**Kommunikation als Prozess endet nicht mit der Unterbringung der Menschen – und schließt immer neue Erfahrungen mit ein. Persönliche Begegnungen spielen dabei eine große Rolle. Auch wenn die Hilfsbereitschaft vielerorts groß ist: Zahlreiche Menschen artikulieren Ängste und Vorbehalte, wenn es um die konkrete Begegnung mit Asylsuchenden geht. Hier können Sie vorangehen, die Menschen zusammenbringen und Brücken schlagen.**

- ✓ Unternehmen sehen Integration oftmals als Chance: Binden Sie sie aktiv mit ein. Praktika und andere Beschäftigungsangebote bringen Menschen zusammen und sind für die Neuankommenden ein guter Weg, Deutsch zu lernen.
- ✓ Niedrigschwellige Angebote – zum Beispiel gemeinsames Kochen, Singen oder Fußballspielen – erfordern wenig Aufwand und schaffen nachhaltige Begegnungen.



### DIPPOLDISWALDE

**Das Willkommensbündnis »Dippser mit Herz« organisiert ein Asylcafé der Kirche mit, das vor**

**allem Jugendliche aktiv betreiben.**

**In Zusammenarbeit mit dem Landratsamt, einer Bildungsagentur und der Agentur für Arbeit vermittelt es Sprachkurse und Praktika an Geflüchtete.**

**Zudem hat das Bündnis in Zusammenarbeit mit einem Ortschaftsrat und dem Bürgermeister ein Integrationskonzept für Dippoldiswalde entwickelt.**

**Um die hauptamtliche Koordination der Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler zu ermöglichen, haben die »Dippser mit Herz« eine Finanzierung durch die Sächsische AufbauBank beantragt.**

**»Wo Räume für Begegnungen entstehen, flauen die Proteste ab. Je mehr Räume, desto besser.«**

Dr. Madeleine Sauer, freie Wissenschaftlerin

- ✓ Können Sie Räume oder andere Ressourcen für Willkommensbündnisse in Ihrer Kommune bereitstellen und auf diese Weise persönliche Begegnungen fördern?
- ✓ Informieren Sie die Bürgerinnen und Bürger darüber, welches Ehrenamt gebraucht wird und wie dieses dem Gemeinwesen dient.
- ✓ Gleichzeitig: Ehrenamtliches Engagement kann keine professionelle Sozialarbeit ersetzen. Freiwillige müssen angeleitet und koordiniert werden. Gibt es Möglichkeiten für eine hauptamtliche Koordination des Ehrenamts?
- ✓ Niemand fühlt sich wohl in der Rolle eines Bittstellers. Viele Geflüchtete möchten sich in das Gemeinwesen einbringen. Wo könnten sie sich in Ihrer Kommune engagieren und an der Gemeinschaft mitwirken? Können Sie eventuell Geflüchtete auch in die Flüchtlingsarbeit einbeziehen?
- ✓ Es lohnt sich, nicht nur auf kurzfristige Lösungen zu setzen. Fördern Sie Formate für persönliche Begegnungen, die langfristig tragen und die Integration vorantreiben. Suchen Sie hierfür die Kooperation mit Stadtteilzentren, Jugendclubs, Sportvereinen oder anderen Organisationen.



Ein großer Teil der neu ankommenden Geflüchteten sind Kinder und Jugendliche. Ihnen stehen viele engagierte und interessierte junge Deutsche gegenüber. »Die Jugend schlägt von sich aus Brücken in die Vergangenheit: Sie fordert, dass wir daraus lernen – und richtet damit gleichzeitig unseren Blick auf die Zukunft«, so Patrick Siegele, Direktor des Anne Frank Zentrums. Auch Boris Brokmeier vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten bestätigt: »Wer Wissen vermitteln und Urteilsfähigkeit fördern will, muss Jugendliche einbeziehen.«

✓ Jugendliche Geflüchtete haben das Recht auf Schutz: Ihrem Wohlergehen und ihren Bedürfnissen gebührt besondere Berücksichtigung. Oftmals haben sie schwere Schicksale erlebt. Dennoch können Sie das Zusammenleben aktiv mitgestalten und bereichern.

✓ Jugendliche haben häufig selbst die besten Ideen – aber sie brauchen Wertschätzung und Unterstützung. Suchen Sie dafür Verbindungen zu Kitas, Schulen und Willkommensklassen, zu Vereinen und Stadtteilzentren sowie zu Akteuren der politischen Bildung. Wichtig dabei: Entwickeln Sie die Angebote gemeinsam mit den Jugendlichen.



»Die Jugendlichen gehen selbstständig auf die Geflüchteten zu, bieten Deutschnachhilfe, Patenschaften oder Wanderungen an. Sie sind die Vorreiter: weltoffen, kontaktfreudig und ohne Vorbehalte.«

Thilo Natzschka, Willkommensbündnis »Dippser mit Herz«, Dippoldiswalde (Sachsen)

»Manche Eltern hatten zunächst Vorurteile, doch ihre Kinder fühlen sich wohl.«

Renate Luckmann, Bürgermeisterin, Vockerode (Sachsen-Anhalt)



### VOCKERODE

Die Weiterfinanzierung des örtlichen Jugendclubs stand in Frage, weil nur noch wenige ihn besuchten.

Durch die Neuankommenden hat der Club eine neue Daseinsberechtigung gefunden:

Zahlreiche Asylsuchende zwischen 12 und 27 Jahren nutzen die offenen Angebote wie Tischtennis, Dartspiele, Computer und Spielkonsolen.

Heute zieht der Jugendclub auch die einheimischen Jugendlichen wieder an.

✓ Fußball oder Graffiti-Workshops, basteln oder musizieren, Diskussionsrunden oder interaktive Chats: Die Mädchen und Jungen finden viele – auch niedrigschwellige – Möglichkeiten, zusammenzukommen und voneinander zu lernen. Die Erfahrung zeigt: Je näher die Projekte am Alltag der Jugendlichen sind und je mehr diese damit ihr Lebensumfeld positiv verändern können, desto erfolgreicher und nachhaltiger sind sie.

✓ Besonders geeignet sind Formate, die multiplikatorisch wirken. Das Botschafterinnen und Botschafter-Projekt des Anne Frank Zentrums zum Beispiel unterstützt bundesweit in über 30 Kommunen Jugendliche in ihrem Engagement, eigene Projekte vor Ort umzusetzen: um sich gegen Diskriminierung zu engagieren und beispielsweise Flüchtlinge zu unterstützen.

## Weiterführende Literatur

-  Amadeu-Antonio-Stiftung: **Das Bild des übergriffigen Fremden – wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird.** Berlin 2016.  
[http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gender\\_und\\_rechtsextremismus.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gender_und_rechtsextremismus.pdf)
-  Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus, Evangelische Akademie zu Berlin, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: **Was tun, damit's nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge.** Berlin 2014.  
[http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/03/wastun\\_online.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/03/wastun_online.pdf)
-  Bündnis für Demokratie und Weltoffenheit im Landkreis Stendal: **Bürgerdialoge zur Flüchtlingssituation. Ein Leitfaden für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in den Kommunen.** Stendal 2016.  
<https://weltoffenheit.net/wp-content/uploads/2016/01/Download-Leitfaden-Bu%CC%88rgerdialoge.pdf>
-  Deutsches Institut für Urbanistik: **Flüchtlinge und Asylsuchende in Kommunen – Online-Wegweiser für Kommunen.** Berlin 2015.  
<http://www.difu.de/fluechtlinge/online-wegweiser.html>
-  Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration (MBT »Ostkreuz«): **Empfehlungen für die Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen für Anwohner/innen.** Berlin 2015.  
<http://mbt-ostkreuz.de/ostkreuz/mbt/publikationen/Flyer-und-Broschueren/6-Empfehlungen-fuer-Informationsveranstaltungen.pdf>
-  MBT »Ostkreuz«: **»WARUM AUSGERECHNET HIER?!« Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen.** Berlin 2014.  
<http://mbt-ostkreuz.de/ostkreuz/mbt/publikationen/Flyer-und-Broschueren/5-Community-Communication.pdf>
-  PRO ASYL e.V., Amadeu-Antonio-Stiftung: **Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile. Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa.** Berlin/Frankfurt am Main 2014.  
[http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q\\_PUBLIKATIONEN/2015/Pro\\_Contra\\_2015\\_web.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2015/Pro_Contra_2015_web.pdf)
-  Robert Bosch Stiftung: **Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen.** Stuttgart 2015.  
[http://www.boschstiftung.de/content/language1/downloads/Studie\\_Aufnahme\\_Fluechtlinge\\_2015.pdf](http://www.boschstiftung.de/content/language1/downloads/Studie_Aufnahme_Fluechtlinge_2015.pdf)
-  Stracke, Bernd: **Meinung: Probleme und Lösungswege in der kommunalen Flüchtlingspolitik.** Juni 2015.  
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/207700/meinung-probleme-und-loesungswege-in-der-kommunalen-fluechtlingspolitik>
-  Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: **Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen.** Berlin 2013.  
[http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/08/mbr\\_keinebuhne\\_web.pdf](http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/08/mbr_keinebuhne_web.pdf)

## Wissenschaftsjahr 2015 – Zukunftsstadt

Das Fachgespräch »Strategien für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Kommunikation über geplante Flüchtlingsunterkünfte« fand im Rahmen des Wissenschaftsjahrs 2015 statt. Das Wissenschaftsjahr Zukunftsstadt zeigt, wie Forschung heute schon dazu beiträgt, Städte nachhaltig lebenswert zu gestalten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lösen gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürgern konkret und vor Ort die großen gesellschaftlichen Herausforderungen: Es geht um sichere Energie, um klimaangepasstes Bauen, es geht um Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kultur, Bildung, Mobilität und vieles mehr.

Weitere Informationen unter

**[www.wissenschaftsjahr-zukunftsstadt.de](http://www.wissenschaftsjahr-zukunftsstadt.de)**



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung